

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedwelmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. E. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. Juni d. J. die Errichtung einer Lehrkanzeln für Zoologie an der philosophischen Fakultät der Wiener Universität allergnädigst zu genehmigen, und den bisherigen Professor der Zoologie und vergleichenden Anatomie an der Pester Universität, Dr. Karl Bernhard Brühl, zum ordentlichen Professor der Zoologie an der Wiener Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

S. E. I. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchstem Handschreiben vom 13. Juni d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß in Karlowitz ein griechisch nicht-unirter Weihbischof bestellt werde, und den serbischen Patriarchen ermächtigt, zu diesem Amte den Archimandriten des Klosters Krusodol Nicanor Ornić zu konsekriren.

Nichtamtlicher Theil.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten

am 19. Juni.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender: Präsident Dr. Hein.

In der Hofloge: S. E. Hoheiten die Herren Erzherzoge Rainer und Sigmund.

Auf der Ministerbank die Herren: v. Schmerling, Freiherr v. Mesfery, v. Plener, v. Caffer, Freiherr v. Pratobevera, Graf Wickenburg.

Der Präsident theilt die Entschuldigung eines abwesenden Abgeordneten mit. Petitionen verschiedenen Inhaltes werden an den Petitionsausschuß gewiesen.

Präsident: Die kais. Akademie der Wissenschaften und die Staats-Eisenbahn haben Exemplare ihrer Druckschriften zur Vertheilung überschickt.

Schlegel interpellirt, ob der Vertrag mit der Südbahn überhaupt publizirt werden solle.

Schmerling beantwortet die Interpellation Capenna's wegen Dalmatien: daß S. E. Majestät durch Entschliessung vom 14. d. M. die Aktivierung des Landes-Ausschusses unbeschadet der Verhältnisse zu Kroatien anbefohlen hat.

Ferner die Interpellation Thoman's wegen der Gymnasien in Gegenden mit slavischer Bevölkerung. Im Jahre 1849 schon wurde der Grundsatz festgehalten, den Unterricht in jener Sprache zu erteilen, welche ihnen am meisten geläufig ist, in höheren Klassen in deutscher Sprache. In den unteren Klassen wurde im Jahre 1854 die Landes-, in den höheren die deutsche Sprache als Unterrichtssprache festgehalten. Durch den Erlaß von 1859 wurde das Verhältniß in den von Staatsmitteln dotirten Anstalten nicht geändert. Die Regierung ist von dem Bestreben durchdrungen, der Landessprache als Unterrichtssprache Geltung zu verschaffen; sie kann es aber nur dort, wo die Literatur so vorgeschritten, daß Lehre und Unterricht darin erteilt werden kann. Die Nationalität soll berücksichtigt, aber das Interesse der Wissenschaft nicht hintangesezt werden.

Im Hinblick auf die dritte Interpellation, die Verhältnisse der Katholiken in Tirol und die dort vorgekommene Agitation betreffend, äußert der Herr Staatsminister, daß das Patent vom 8. April d. J. ausdrücklich für Tirol und Vorarlberg erlassen wurde. Im Vorarlberger Landtage hätten sich keine Anstände ergeben, wohl aber durch die Landtagsbeschlüsse von Tirol.

Die gegen die Katholiken gerichteten Gesetzesvorschläge des Landtages sind von S. E. Majestät abgelehnt. (Pravo).

Voralberg betreffend sind ebenfalls entsprechende Anordnungen anlässlich aufreizender Plakate u. ergangen. Ein ähnlicher Erlaß ist an das Episkopat in Brixen gerichtet. Ebenso an die k. k. Statthalterei in Tirol.

Die kirchlichen Behörden sollen im Einklange mit den politischen Behörden die Bevölkerung in angemessener Weise belehren, die Beamten strenge ihrer Amtspflicht nachkommen. (Lebhafter Beifall).

Das Patent vom 8. April 1861 stellt in logischer Form die früheren kaiserlichen Entschliessungen zusammen; außerdem regelt S. E. Majestät mit demselben als oberster Schutzherr der protestantischen Kirche in eigener Machtvollkommenheit die inneren Verhältnisse der Protestanten. Eine Aenderung könnte nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen.

Herbst verliest als Berichterstatter den Ausschlußbericht über folgenden Antrag des Abgeordneten Dr. Mühlfeld:

„Es werden Ausschüsse mit der Aufgabe bestellt, Entwürfe nachvermährter Gesetze zu veranlassen und zur Verathung und Schlußfassung an das Haus vorzulegen, als:

1. eines neuen Gesetzes zur Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes;
2. eines Gesetzes zum Schutze der Freiheit der Person und des Hausrechtes, sowie des Briefgeheimnisses;
3. zur Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Ehre, und
4. in Betreff der Stellung und Rechte der verschiedenen Religions-Genossenschaften und ihrer Angehörigen dem Staate gegenüber und in öffentlicher Beziehung, sowie der Rechte derselben gegeneinander und in bürgerlicher Hinsicht.

Jeder dieser Ausschüsse werde aus achtzehn Mitgliedern gebildet, von denen je zwei durch eine Abtheilung zu wählen sind.“

Vom Ausschuß dagegen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Es ist durch die Abtheilung ein Ausschuß von neun Mitgliedern zu bilden, welcher ein Gesetz zur Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes, so wie ein Gesetz zum Schutze der Freiheit der Person und des Hausrechtes, dann des Briefgeheimnisses zu verfassen hat.

2. Es ist durch Wahl des ganzen Hauses ein ständiger Ausschuß von zwölf Mitglieder zu bilden, an den sämtliche Vorlagen und Anträge, welche sich auf Wissenschaft und Unterricht beziehen, zur Vorberatung zu verweisen sind. Diesem Ausschusse ist auch der Antrag auf Entwerfung eines Gesetzes zur Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Ehre zur Erledigung zuzuwiesen.

Es ist durch die Wahl des ganzen Hauses ein ständiger Ausschuß von zwölf Mitgliedern zu bilden, an den sämtliche Vorlagen und Anträge, welche sich auf konfessionelle Verhältnisse beziehen, zur Vorberatung zu verweisen sind. Diesem Ausschusse ist auch der Antrag auf Entwerfung eines Gesetzes in Betreff der Rechte und Stellung der verschiedenen Religions-Genossenschaften und ihrer Angehörigen dem Staate gegenüber und in öffentlicher Beziehung, so wie der Rechte derselben gegen einander und in bürgerlicher Hinsicht zur Erledigung zuzuwiesen.“

Bei der Generaldebatte sind für den Antrag eingeschrieben Smolka und Rieger. (Wir geben den Bericht darüber nach der „Oesterr. Ztg.“)

Herbst fügt noch einige Bemerkungen über die Kompetenzfrage bei; bezüglich derselben herrscht keine Meinungsverschiedenheit, man halte es gar nicht für möglich, die Kompetenz des Hauses hier anzuzweifeln. Es sind nicht Gesetze, die es mit den Eigenthümlichkeiten der Völker zu thun haben, sondern nur Gesetze zum Schutze der Freiheit, die überall eine und die-

selbe ist. Ferner spricht die Verfassung für die Kompetenz so klar, daß man jene anfechten müsse, um diese in Zweifel zu ziehen. Es sei nicht nöthig, in die Frage über die staatsrechtliche Stellung des Hauses einzugehen, aber man könne nicht daran zweifeln, daß der engere Reichsrath hier kompetent sei; denn die Sache gehöre nicht vor den gesammten Reichsrath; ist nicht als Landesgesetz erklärt und den Landtagen zugewiesen. Nur die näheren Anordnungen innerhalb der allgemeinen Gesetze in Schul- und Kirchenangelegenheiten sind Sache der Landtage; nicht die allgemeinen Gesetze selbst. Man hat neulich die Theorie aufgestellt, daß für die Kompetenz des engeren Reichsrathes auch ein positives Kriterium gehöre, daß der Gegenstand allen nicht ungarischen Ländern gemeinsam, und daß dieß in jedem einzelnen Falle nachzuweisen sei; aber dieß ist auch hier der Fall. Der Schutz der bürgerlichen Freiheit ist Allen gemeinsam; sie haben gemeinsam die Beschränkung ertragen, warum sich nicht der gemeinsamen Aufhebung erfreuen.

Smolka: Das Haus ist über unsere Parteilichkeit nicht im Klaren. Ich muß voraussagen, mir und meinen Landestheilen ist das Gefühl der Feindseligkeit fremd, trotz manchen harten Wortes, das hier gegen Föderalisten gefallen. Auch das Gefühl der Bitterkeit ist mir fremd, ich sehe weniger auf Worte, sondern mehr auf guten Willen. Man wollte uns nicht Unrecht thun, sondern hatte den besten Willen. Ich glaube, daß jede von uneigennütigen Motiven eingegebene politische Ueberzeugung geachtet werden soll. Anfeindung würde unsere Zwecke nicht fördern. Wohlwollendes Entgegenkommen wird widersprechende Meinungen nähern. Zwang entweicht. Man kann damit die Gegner hinhalten, aber von der Wahrheit wird damit Niemand überzeugt. Wir bitten, daß die Gegenseite überzeugt sei, daß wir redliche Absichten haben. Es handelt sich hier um viele positive Sachen. Wo es sich um viele Angelegenheiten handelt, halten wir an dem Sprichwort: Liebet Euch wie Brüder und hadert wie Juden. Wir wollen Freunde sein und wo wir es nicht sind, werden aber um jeden Schritt in der Autonomie streiten. Es handelt sich um eine solche, wie sie im Diplom vom 20. Oktober geboten, aber im Februarergesetz theilweise genommen wurde.

Es soll nicht gehen wie mit der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Nachdem der Nobr seine Schuldigkeit gethan, ließ man ihn abtreten. Bürgerliche Freiheit kann ohne Autonomie nur schaden. Was hilft sie, wenn in Lebensfragen der Kirche, Schule, Gemeinde der Ausdruck der Vertreter unseres Landes maßgebend sein soll. Wenn wir keine größere Autonomie als die des Februarpatentes anstreben dürfen, antworte ich, was nützt uns eine Autonomie, Narrenhäuser und Spitäler zu bilden? Soll ich verspielt werden, dann ist es mir vollkommen gleich, ob vom Absolutismus oder vom Liberalismus. Das größte Verschulden des Absolutismus war die Zentralisation mit Verkennung historischer Rechte und innerer Verhältnisse. Vor 1848 hat man doch einigen historischen Rechten und nationalen Anforderungen Rechnung getragen, aber nur so viel, um den schlummernden Löwen zu wecken. Im Jahre 1848 hat man Gleichberechtigung proklamirt, und wir sollten einmal zur Ueberzeugung kommen, daß man diesem Gefühle Rechnung tragen muß. Es gibt Gefühle, die nur durch Widerstand stärker werden. Es ist eine welthistorische Epoche an uns herangerückt; alle Völker ringen nach bürgerlicher Freiheit, nationaler Selbstständigkeit, Ausscheidung des Fremden. Staaten verschwinden und entstehen unter derselben.

Die erhabene Lehre: Thue Andern nicht, was Du nicht willst, daß Dir geschehe! soll zur redlichen Anwendung kommen. Es handelt sich darum, wie man dem Drange nach Freiheit und nationaler Selbst-

ständigkeit ohne Gefahr genügen könne. Wer Demjenigen, was kommen muß, sich entgegenstellt, begeht einen großen Fehler. Uns erscheint Freiheit und Gleichberechtigung verkörpert in der historischen Autonomie. Sie waren nie in der Lage, eine herrschende Nationalität über sich zu haben. Sie haben nur eine Bureaucratie gehabt, die jede nationale Regung als Hochverrath betrachtete und die Klassen gegeneinander beizte. (Präs.: Ich bitte, zum vorliegenden Gegenstande zu kommen.) Ich hielt es nöthig, diesen Standpunkt auseinanderzusetzen. Sr. Majestät hat das Diplom vom 20. Oktober aus höchster Machtvollkommenheit ertheilt und das Wort darin wurde gelöst. Se. Maj. haben den Rath der Minister befolgt, aber die Minister haben nicht gut berathen, wenn sie darin die Autonomie schmälerten. Dann wurden Institutionen zugesagt, die den Anforderungen und historischen Anschauungen der Länder entsprechen. Der Reichsrath hat die historisch-politischen Individualitäten nicht erfunden. Bei Verabreichung der Grundrechte habe ich ausgerufen: man lasse den Völkern ihre historischen Erinnerungen.

Ich beschwor damals, dem Gefühl der Nationalitäten Rechnung zu tragen. Wenn es eine historisch-politische Individualität gibt, ist es gewiß Galizien, wo Sitte und Rechtsanschauung verschieden, das nicht zum deutschen Bunde gehört. Auch die Zeit der Verbindung mit dem Staate ist eine andere. In Krakau bestanden bis 1856 die alten Gesetze der Republik, ich glaube deshalb, daß uns eine besondere autonome Stellung zukommt. Daher nehmen Sie es uns nicht übel, wenn wir eine solche anstreben. Trotz aller warmen Gefühle für unsere Brüder an der Weichsel wollen wir keine Revolution. Wir bauen auf die Gerechtigkeit des Regenten und der Vorsehung.

Rieger: Es ist in letzter Zeit Mode geworden, uns als Reaktionäre, Feudalisten und Konföderalisten darzustellen. Es ist nöthig, unsere Stellung klar auseinander zu legen. Alle Welt weiß, daß die Polen nicht reaktionär sind, man hat sich gewundert, wie die Polen mit uns gehen. Wir sind stammverwandt, haben gleiche politische und nationale Interessen, wir stehen daher zusammen wie im Jahre 1848. Es ist wunderbar, daß man gerade uns, die zumeist Bauernsöhne sind, den Vorwurf des Feudalismus macht. Mühlfelds Anträge werden Grundrechte genannt und stehen zumeist in der Verfassung; sie waren es auch in der Frankfurter, wo Schmerling mitwirkte, und es nimmt mich Wunder, daß er sie nicht in unsere Verfassung aufnahm. Ich weiß nicht, ob deshalb, weil man glaubte, daß sie für gewisse Länder nicht tugen, oder weil man uns hier Gelegenheit geben wollte, uns darüber auszusprechen. In Kremsier sind Grundrechte entworfen worden, sie sind überall zu haben, man kann sie leicht kaufen und Anträge stellen, um die Unsterblichkeit zu erlangen. Ich will solchen Bestimmungen nicht entgegenstehen, aber ich glaube, daß diese Gegenstände, die Verfassungsgegenstände, dem Gesamtreichsrath vorzulegen sind.

Wir wissen nicht, ob das Stückwerk in die Gesamtverfassung passen wird. Als Gesetze haben wir jedoch nichts gegen diese Vorschläge. Wir wissen nicht, wozu wir kompetent sind. Wir sollen Dinge lösen, zu denen wir nicht berufen sind, und unsere Verfassungszustände sind noch nicht fest. Der Staatsminister ist eigentlich Verfassungsminister. Die Verfassung ist noch im Guß. Es kommt wenig Brauchbares aus dem Guß. (Präs.: Ich rufe den Redner zur Ordnung.) Ich glaube es liege innerhalb der Grenzen der Redefreiheit zu sagen, daß der Staatsminister nicht Alles gut gemacht. Sie werden mir zugeben, daß nicht Alles gut gemacht wird, davon zeugen die leeren Bänke. Es ist Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht Zustände bestehen, die mit dem konstitutionellen Leben unvereinbar sind. Wir hoffen, das Ministerium werde Mißbräuche inkonstitutioneller Natur beseitigen. Herr Mühlfeld scheint anderer Ansicht zu sein.

In merito bin ich ganz für seine Anträge. Im Jahre 1848 habe ich daran Theil genommen, ich habe seitdem meine Ansichten nicht geändert. Man nennt uns böhmische Dickschädel, wir werden es auch in Sachen der Freiheit bleiben. Wir wissen, daß diese Gesetze nöthig sind. Man hat bei uns unschuldige Vereine hintertrieben, wie die landwirtschaftlichen Vereine, wie den Verein des böhmischen National-Museums. Es beschwerten sich Abgeordnete, daß das Briefgeheimniß verletzt wird. Ich habe Briefe geschrieben, die davon die Spuren tragen sollen. Es widerspricht meinem Gefühl zu glauben, daß ein freisinniges Ministerium sich solcher Mittel bedienen sollte. Ich muß das Ministerium bitten, ein solches Kabinet, wenn es besteht, aufzuheben, oder wenigstens den Beamten zu sagen, daß sie geschickt seien. Es werden jetzt vom Ministerium dieselben Organe wie früher verwendet und ohne eine Epuration der Organe wird es nicht besser werden. Es wäre vielleicht gut, Beamte zu versetzen, ihnen strenge Instruktionen zu geben, zu ahnden.

Solange das ganze Amtswesen nicht reorganisiert ist, werden auch diese Gesetze nichts nützen, doch wer-

den wir die Bildung eines Comité's unterstützen. Man hat gesagt, wir sind Ultramontane, Aristokraten. Palacky und Petrino, meine Freunde, sind keine Katholiken. Ich bin ein einfacher Müllerssohn, und meine Familie war ehrlich bürgerlich, also ich begreife nicht, daß man mir solche Vorwürfe macht. Die feudalen Institutionen sind nicht einmal slavisch-national, und doch sollen wir überspannte Nationale sein. Unsere Literatur ist nicht das Schoßkind der Aristokraten. Wir sind und werden unter allen Verhältnissen liberal bleiben. Wir und unsere Vorfahren sind für Gewissensfreiheit eingestanden. Die ersten Bestrebungen unserer Nationalität waren freiheitlich. Wie der Absolutismus bei uns wuchs, ist auch die Germanisation mitgekommen. So lange wir echte Böhmen sind, werden wir für die Freiheit sterben! Man kann aber die Freiheit lieben wie ein Jüngling sein Ideal, das er kaum zu lieben wagt, oder auch wie ein Mann, der fragt, ob seine Braut auch eine gute Hausfrau sein kann. Ich möchte die Freiheit als mein ange- trautes Weib betrachten, die mit mir die Sprache meines Herzens spricht, darum muß ich mich mit ihr verbinden durch die Autonomie, so haben sie Engländer und Schweizer aufgefaßt. Franzosen, die immer der Freiheit die Cour machten, sind nie zur Freiheit gelangt.

(Schluß folgt)

Oesterreich.

Wien, 18. Juni. Die Notiz von der angeblichen Verlobung Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Karl Ludwig mit Ihrer kais. Hoh. der Erzherzogin Theresie, Tochter Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Albrecht, können wir als durchaus erfunden bezeichnen. (D. Z.)

Pest, 16. Juni. Die Tagespresse steht hier im Mittelpunkt des Landes gegenwärtig in voller Blüthe. Bei der Freigebigkeit in der Konzeption werden Zeitungen aller Art fort und fort angekündigt, die Druckereien sind demnach beschäftigt, und der Papier-Consum wird immer größer. In materieller Hinsicht wäre dieß noch erfreulich, ob aber auch in geistiger, das wird die nächste Zukunft zeigen. Mit der Fluth und Ebbe der Politik steigt oder fällt auch der Kurs der Tagesblätter.

Gegenwärtig erscheinen in Pest 60, sage sechzig Zeitungen, hiezu kommen noch 5 neu konzeptionirte, und 6 Gesuche um Konzeption sind auf dem Wege, erledigt zu werden. Also Pest allein wird nächstens 71 Zeitungen besitzen.

Deutschland.

Gutem Vernehmen nach liegt den Mächten bereits der Vorschlag Dänemarks vor, die holstein'sche Frage in der Weise zu erledigen, daß Holstein ganz aus dem Verbande der Gesamtmonarchie ausscheidet, Schleswig dagegen, von jeder noch bestehenden Verbindung mit Holstein losgelöst, freilich nicht in Dänemark inkorporirt, aber in eine Gemeinshaft mit ihm gezogen wird, welche nur die im strengsten Sinne des Wortes provinziellen Angelegenheiten aus ihrer Sphäre ausschließt. Das Berliner Kabinet ist entschlossen, Alles anzubieten, um eine Lösung auf einer Grundlage zu hintertreiben, die ihm die Handhabe nimmt, fernerhin einen berechtigten Einfluß in und auf Schleswig zu üben. Dänemark seinerseits scheint Willens, von allen ferneren Provisorien abzusehen und sofort irgend ein Definitivum herbeizuführen.

Frankreich.

Paris, 15. Juni. Blanqui ist gestern wieder einmal zu vier Jahren Gefängniß, 500 Fr. Geldbuße und Verlust der bürgerlichen Rechte auf fünf Jahre verurtheilt worden, die Frau Fremaux und Senique jeder zu einem Jahre Gefängniß und 100 Franks, Chaumette zu sechs Monaten und 100 Fr.; diese drei jeder zum Verlust der bürgerlichen Rechte auf zwei Jahre; Fremaux und Bosjin wurden freigesprochen. August Blanqui ist aus Nizza gebürtig und jetzt 56 Jahre alt. Er war in Folge der Amnestie vom 16. August 1859 aus dem Gefängnisse von Corte freigelassen, im Oktober wieder in Paris erschienen und hatte, wie der Anklage-Akt nachwies, sofort wieder seine frühere Thätigkeit begonnen, nämlich geheime Gesellschaften zu gründen und zu dem Zwecke mit einem Schweizer Pässe Reisen nach England, Belgien und der Schweiz unternommen. In Belgien traf er mit Frau Fremaux, die er als Republikanerin von 1848 kannte, zusammen, und zog dieselbe im August 1860 nach Paris herüber. Bei ihr und Blanqui's Schwester, Witwe Antoine, machte die Polizei die ersten Hausdurchsuchungen, die zur Beschlagnahme zahlreicher Adressen, Manuskripte, Druckabklatsche und 9203 adressirter „demokratischer Envelopen“ führte. Bei dem Bildhauer Senique und dem Schriftsetzer Chaumette fand man sozialistische Schriften zc. Am 4. März wurde Frau Fremaux verhaftet, am 10. Blanqui. Dieser läugnete das Bestehen einer geheimen Gesellschaft und wollte mit den Mitangeklagten

nur in ganz gewöhnlichem gesellschaftlichen Verkehre gestanden haben.

Großbritannien.

London, 14. Juni. Die neueste Post aus Melbourne (Australien) bringt die Nachricht, daß der Krieg mit den Eingebornen von Neuseeland zu Ende ist. Sie haben endlich die ihnen gestellten Bedingungen angenommen, doch gab es früher noch blutige Kämpfe und selbst Armstrong-Kanonen mußten mitspielen, bevor ihre vortrefflich angelegten Befestigungen zur Uebergabe gezwungen werden konnten. Sie kapitulirten, nachdem ein Drittel ihrer Mannschaft gefallen war. Ihr Hauptführer aber, Wiremu Kingi, hat die Kapitulation nicht angenommen und sich mit einem kleinen Gefolge lieber ins Innere des Landes zurückgezogen, von wo er später einmal den Kolonisten vielleicht wieder zu schaffen macht.

Portugal.

Eine telegraphische Depesche aus Madrid berichtet über eine in Portugal herrschende Aufregung, veranlaßt durch die Weigerung der aus Frankreich gekommenen barmherzigen Schwestern, sich den Landesgesetzen zu unterwerfen. Die Regierung hat verboten, daß aus diesem Anlasse Volksversammlungen stattfinden. Andererseits wurden mehrere Proklamationen unterdrückt, worin die Regierung beschuldigt wird, die Armee zu vernichten, um die nationale Unabhängigkeit zu opfern.

Rußland.

Einem Schreiben aus Petersburg entnehmen wir die Nachricht, daß der Kaiser der Familie des verstorbenen Fürsten Gortschakoff die Bewilligung ertheilt hat, denselben in der Krim ein pyramidenförmiges Grabdenkmal zu errichten, gleich denjenigen, welche die Grabstätten der in der Krim gebliebenen Admirale Rabimoff und Isomine bezeichnen. Dieses Mausoleum wird am Vorgebirge des Telegraphen nahe dem Nordfort erbaut werden.

Türkei.

Von der bosnischen Grenze, 14. Juni. schreibt man der „Agramer Zeitung“: Weder ist Omer Pascha noch die türkische Regierung überhaupt auf Rosen gebettet. Bei den Moslim's in Bosnien herrscht im Allgemeinen Mißtrauen und gründlicher Haß gegen Omer Pascha. Die Naaja ist mit den Vermittlungs-Vorschlägen, deren Träger Omer Pascha, ganz und gar nicht zufriedengestellt, und soll eher alles Mögliche anzuwenden genügt sein, um unter einen christlichen Souverain zu kommen.

Die Bihader Kaimakamie hat neuerdings 125 Stück Packpferde für die türkischen Truppen zu stellen, und dieselben durch Ankauf pr. 20 bis 25 Stück Dukaten aufzubringen. Laut eines Befehles von Serajevo sind 4000 Mann Baschi Bozuck an der Sana zu konzentriren, und in der Kljuđer Nahie bei Sanëira aufzustellen.

Dieselben scheinen zur Beobachtung und eventuell zur Vertheidigung der Sana-Übergänge bei Sanëst-Most und Kljuđer bestimmt zu sein. Die Abrückung der hiezu aus den einzelnen Nahien des Bihader Sandschaks bestimmten Baschi Bozuck geschieht parthienweise, und es sollen bereits bis 10. dieses Mts. bei 2500 Mann dort konzentriert gewesen sein. Zur nöthigen Erhaltung des Landes-Aufgebotes werden von der türkischen Regierung Getreide-Lieferungen betrieben, und die Steuern mit einer solchen Strenge eingetrieben, daß sich weder Türken noch Christen mehr zu helfen wissen und alle werthvollen oder entbehrlichen Habseligkeiten verkaufen, welches die Naaja um so ärger trifft, weil sie außer den gewöhnlichen mit den Türken gemeinschaftlichen Steuern noch überdieß die hohe Militär-Befreiungssteuer zu entrichten hat. Es liegt auf der Hand, daß die ohnehin schlechte Stimmung gegen die Behörden dadurch nicht gebessert wird.

In Bihac heißt es: daß Omer Pascha den Auftrag zur Herstellung einer Straße von Serajevo über Travnik einerseits nach Banjaluka, andererseits nach Bihac ertlassen haben soll. Auch sollen die letztgenannten Orte durch Telegraphen-Linien mit Serajevo verbunden werden.

Amerika.

Die jüngsten Nachrichten aus New-York haben gemeldet, daß beiläufig 500 Sklaven in das Lager des Generals der Unions-Regierung, Butler, sich geflüchtet haben. General Butler steht am linken Ufer des James River, und der Vorfall mit den flüchtigen Sklaven ist geeignet, dem ganzen Feldzug eine eigen- thümliche Wendung zu geben. Ein Korrespondent der „Weser-Zeitung“ erzählt die Sache in folgender Weise:

Ein Paar ihren Herren entlaufene Sklaven kamen vor der Festung Monroe an und wurden aufge-

Amtlicher Bericht

über die

fünfte Sitzung des Gemeinderathes in Laibach

am 17. Juni 1861.

(Beginn der Sitzung um 4 Uhr N.M.)

Gegenwärtige:

Vorsitzender: Bürgermeister Michael Ambrosch,
landesfürstl. Kommissär Jos. Roth,

f. f. Landesrath,

Schriftführer: Konzipist Adolf Hofbauer
und 21 Gemeinderäthe.

1. Das Sitzungsprotokoll vom 3. Juni 1861 wird vorgelesen und mit einigen Bemerkungen von Seite des O. R. Horak angenommen.

Bei diesem Anlasse macht O. R. Horak noch den Wunsch geltend, daß die Sitzungsberichte in slovenischer Sprache vor den deutschen veröffentlicht, die Verhandlungen auch in slovenischer Sprache aufgenommen und vorgelesen werden sollen, damit allen Klassen der hiesigen Bevölkerung genügt werde.

O. R. Ste dry erwidert, es sei die Protokollsaufnahme in slovenischer Sprache so lange wohl nicht zu begehren, als die Verhandlungen deutsch gepflogen werden.

Ferner erläutert der B. M., daß die Sitzungsberichte obnehin in beiden Sprachen verlaublich werden, die Bestimmung aber, in welcher Sprache die Verhandlungen stattfinden und die Protokolle aufzeichnet werden sollen, der Geschäftsordnung vorbehalten sei.

Demnach wird einfach zur Tagesordnung übergegangen.

2. Der Vorsitzende beantwortet zwei Interpellationen aus der vorigen Sitzung.

a) O. R. Horak habe sich angefragt, welche Taxen bei Beilegung der Bürgerrechte abgenommen würden.

Gesetzliche Normen bestehen dieserwegen nicht. Vom seligen Bürgermeister Gradeczy, welcher so viele herrliche Anstalten in's Leben gerufen, und in der Stadt sowohl als in der Umgebung von Laibach sein segensreiches Wirken entfaltet hat, wurde auch diese Angelegenheit geordnet. Er hat die Rechte und Pflichten der Bürger nach den von Altersher bestehenden Gepflogenheiten in einem Statute zusammengestellt und im Matriculbuche verewigt. Der B. M. sei bereit, diese Statuten vorzulesen oder den Herren Gemeinderäthen zur Einsicht ausliefern zu lassen. Sollte eine Revision der Statuten erwünscht sein, so beantrage der Vorsitzende hiefür ein Comité von 5 Herren zu wählen.

Dieser letzte Antrag wird angenommen, und es werden in's Comité berufen die Herren Ambrosch, Horak, Malitsch, Stedry und Dr. Supancic.

b) Auf die Interpellation des Herrn Vamberger bezüglich der Unzukömmlichkeit des Düngerausführens bei Tag, entgegnet der Vorsitzende, daß in dieser Beziehung die Straßensicherheits- und Straßenreinigungs-Ordnung vom 22. Dezember 1852, Z. 5662, eine entsprechende Fürsorge enthalte; um sie jedoch neuerlich in Erinnerung zu bringen, werde beantragt, dieselbe wieder in Druck zu legen und in ausgedehntester Weise zu verlaublichen.

O. R. Horak stimmt dem Antrage bei, nur möge die Kundmachung deutsch und slovenisch stattfinden.

Der Vorsitzende ersucht den Herrn Medner, die delikate Sprachenfrage nicht immer zu berühren, da ohnedieß jede Verlaublichung des Magistrates stets in beiden Landessprachen erfolge; und er selbst am besten weiß, wie er sich mit seinen Landsleuten zu verständigen habe.

Beschluss nach Antrag des Bürgermeisters.

3. Vortrag des O. R. Poklutar, als Bericht-erstatler des Comité's wegen Aktivierung des 1. Jahrganges der Oberrealschule in Laibach.

In Gemäßheit des letzten Sitzungsbeschlusses habe das Comité, durch beigezogene Vertrauensmänner verstärkt, die Beratungen in dem Gegenstande gepflogen, und von der Ansicht ausgehend, daß das Bedürfnis einer vollständigen Realschule nach den bisherigen Verhandlungen nicht mehr fraglich sei, seine Aufgabe auf folgende Punkte präzisirt:

- a) Auf die Ausmittlung der erforderlichen Schul-Lokalitäten;
- b) auf die Sicherstellung der Kosten, und
- c) auf die Form oder die Art, wie die vollständige Realschule in Laibach einzurichten wäre.

ad a. Die vom Herrn B. M. ermittelten Räume im Hause des Herrn Wahr wurden für die Unterbringung des 1. und 2. Jahrganges der Oberrealschule

geeignet befunden, und es ist daher vom Comité ein Vertragsskizzenentwurf mit dem Hauseigentümer vereinbart worden.

ad b. Die Kosten für die Kommune würden sich im Vergleiche zur dormaligen Beistener für die Unterrealschule pr. jährliche 1330 fl., im Falle der Errichtung des 1. Jahrganges der Oberrealschule nach einer Maximal- u. Minimal-Annahme um 3533—3788 fl. und bei Einführung des 2. Jahrganges um weitere 1208—1286 fl. vermehren. Demnach seien sowohl die Adaptierungs- als Erhaltungskosten bedeutend, und es könne der Kommune um so weniger zugemutet werden, dieselben allein zu tragen, als die vollständige Realschule eine Landesanstalt sein soll und auch zum größeren Theile von Kindern des flachen Landes besucht werden wird.

ad c. Betreffend die Form der einzuführenden Lehranstalt, so hat das Comité die Nothwendigkeit anerkannt, daß mit derselben industrielle Fachschulen zu verbinden wären, so wie schon der Organisations-Entwurf für die Realschulen andeute, daß die Errichtung solcher Schulen nach einer überall gleichmäßigen, strengen abgeschlossenen Theorie nicht möglich sei, sondern stets die speziellen Landesverhältnisse und Bedürfnisse berücksichtiget werden müssen. Die Einführung einer vollständigen Realschule in Laibach als bloße allgemeine Vorbildungsanstalt wäre unpraktisch; denn gegenwärtig zählt der letzte Jahrgang der Unterrealschule 27 Schüler, von denen höchstens die Hälfte in die Oberrealschule aufsteigen dürfte, und wenn die Zahl der Schüler in der Oberrealschule in dem Verhältnisse abnehmen sollte, wie in der Unterrealschule, so dürfte sich dieselbe im letzten Jahrgange auf ein Minimum oder auf Null reduzieren, wobei sich die großen Kosten für die Oberrealschule nicht rechtfertigen ließen. Hingegen sei die sonntägliche Gewerbschule stark besucht. Diese Wahrnehmungen geben also den Fingerzeig, daß mit der Oberrealschule in Laibach nothwendigerweise wie in andern Städten, z. B. in Klagenfurt die montanistische, in Pest die kommerzielle und landwirtschaftliche Abtheilung, ebenfalls Fachschulen mitzuverbinden wären, und daß bei der Wahl der Unterrichtssprache nach §. 14 der organ. Bestimmungen (Unterrichts-Ministerial-Erlaß vom 6. März 1856, Z. 2385), auch auf die Nationalität und das Verständnis der Schüler besonderer Bedacht zu nehmen sein würde.

Nach langen eingehenden Erörterungen haben sich die Comité-Mitglieder mit Majoritäts-Beschluß zu nachstehenden Anträgen bestimmt gefunden:

1. Zur Aktivierung des 1. Jahrganges der Oberrealschule wären die ebenerdigten Lokalitäten im Hause des Herrn Wahr, mit Ausnahme von zwei Zimmern unter den, im vereinbarten Vertragsskizzenentwurf ange-deuteten und im Vertrage selbst noch näher zu be-zeichnenden Bedingungen auf zwei Jahre zu mietzen.

2. Zur Bestreitung der Errichtungskosten des 1. Jahrganges sei vom hohen Staatsministerium die Bewilligung zu erwirken, den in der Stadtkasse in Obligationen im Nominalbetrage von 5800 fl. erlie-genden Lokalschulfond gegen seinerzeitige, aus den Aufnahmestaxen und dem halben Schulgelde zu bewir-kende Refundierung verwenden zu dürfen.

3. Sollte dieß verweigert werden, so sei dann an den b. Landesauschuß, respect. Landtag, sich zu wenden, daß der Landesfond nicht nur zur Aktivierung des 1. Jahrganges, sondern auch zur Errichtung der vollständigen Realschule 2. der Kosten beitrage.

4. In Betreff der Form hat sich das Comité zu dem allgemeinen, seinerzeit noch näher zu bestimmenden Antrage geeinigt, daß die Einführung der voll-ständigen Realschule auf eine solche Art geschähe, daß auch schon durch Fachschulen, allenfalls einer industriellen, landwirtschaftlichen oder auch kommerziellen Abtheilung den sich zeigenden Landesbedürfnissen Rechnung getragen werde.

So weit der Comitébericht. Eine eben erst her-abgelangte und dem Comité noch nicht vorgelegene b. Staatsministerial-Einschreidung über das Einschrei-ten des vorigen Gemeinderathes um Erklärung der zu aktivirenden Oberrealschule als Landes-Anstalt und Bestreitung der Lehrergehalte aus dem Staatsschatze verseze die Angelegenheit jedoch in ein anderes Sta-dium. Es werde darin die angesprochene Flüssigmachung der Bezüge für das anzustellende Lehrpersonal aus dem Studienfonde mit Hinweisung auf eine allerb. Entscheidung vom 2. März 1851 ausdrücklich an die Bedingungen geknüpft, daß erstlich genau nachgewie-sen werde, die dormalige Unterrealschule in Laibach reiche in Verbindung mit den benachbarten Oberreal-schulen in Graz, Klagenfurt und Görz zur Befriedi-gung der gewerblichen und industriellen Bedürfnisse nicht aus, um der Industrie dieses Kronlandes, wie es wünschenswerth erscheine, einen höheren Aufschwung zu verleihen, und daß ferner die Vorfrage über die vom Lande zu übernehmenden Kosten absolut noch früher gelöst werden müsse.

Nach Ansicht des Referenten erübrigt also nichts, als das Einschreiten an den Landes-Ausschuß zu er-neuern, er möge zur ehesten Finalisirung dieser wich-

nommen. Kurz darauf erscheint ein Parlamentär und verlangt auf Grund der Konstitution und des Fugitive Slave Law die Herausgabe der Unglücklichen. General Butler verlangt, er solle sich zunächst endlich zu dem obersten Gesetze bekennen, welches er fordern zu seinem Vortheil in Anspruch genommen, was der Sezessio-nist natürlich verweigert. Der General erwidert, daß unter diesen Umständen von Auslieferung nicht die Rede sein könne; daß er allerdings das Eigenthum an Sklaven in den sklavenhaltenden Staaten dem Geiste der Konstitution gemäß anerkenne, dieses Eigen-thum sogar für ein sehr werthvolles halte, und deß-halb nicht anstehe, Sklaven für Kriegskontrebande zu erklären, zumal sie ihm erklärt hätten, daß sie von der Schanzarbeit entronnen seien, und es ihm gerade zu demselben Zwecke gar sehr an Arbeitskräften fehle. Der Sklavenhalter konnte gegen die „Korrektheit“ dieser Anschauung keine Einwendung machen; dieselbe muß sich auch rasch im Lande verbreitet haben, denn am folgenden Tage kamen schon 20 Sklaven ange-lausen, und den dritten Tag 50, so daß der General über die Konsequenzen seiner Entscheidung ordentlich erschrocken zu sein scheint und einen Adjutanten nach Washington geschickt hat, um sich der Intentionen des Kabinetts in dieser Sache zu versichern. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, wie die Regierung den Fall ansieht.

Der General Butler ist derselbe, welcher bei sei-nem Marsche durch Maryland flüchtige Sklaven ihren Herren zurückgab, ein Verfahren, welches dem Gou-verneur von Massachusetts unvernünftig erschien, der die Aufwiegelung der Sklaven für ein erlaubtes Mit-tel hielt, was aber der General entschieden von der Hand wies.

Bermischte Nachrichten.

Laibach. Morgen wird ein Separat-Hofzug von Wien aus hier eintreffen. Es heißt, Ihre Ma-jestät die Kaiserin begeben sich nach Sacroma.

— Gestern verkehrten die ersten Schnellzüge auf der Südbahn; Dinstag, Donnerstag und Samstag treffen nun die Wiener Blätter schon Abends hier ein und werden vor sieben Uhr noch ausgegeben.

— Der Räuber Sicherl soll an das Ober-Landesgericht in Graz ein Schreiben gerichtet haben, in welchem er sich zu stellen verspricht, wenn ihm sein Leben garantiert, und sein Prozeß wieder aufge-nommen würde, resp. die Entlastungszeugen noch ein Mal verbört würden. Man sagt, er sei gar nicht mehr in Krain, sondern in einem benachbarten Kron-lande.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wett, 19. Juni. (Oberhaus.) Die Grafen Sa-muel Vab, Karl Jay, Stephan Esterházy, Leo Fe-licies, Johann Székényi, Karl Zichy, die Barone Ladislaus Wenckheim und Ludwig Bay, der Ober-Gespan Nagalyi sprechen im gleichen Sinne für die Adresse.

Auf Anfrage des Präsidenten, ob der Schluß der Debatte nicht zweckmäßig wäre, wurde die Fort-setzung beschlossen. Schluß wahrscheinlich übermorgen.

Berlin, 19. Juni. Von der polnischen Grenze wird unter dem heutigen Tage berichtet: „Gestern wurden in Warschau die Statuten des künftigen Staatsrathes publizirt. Das Militär ist von den Straßen und Plätzen abgezogen, die Ressource ist ge-öffnet worden, die Theater werden Sonnabend eröffnet.“

Dresden, 19. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer fand die Spezialberatung der Vorlage über die Wahlreform Statt. Die Ver-stärkung der ersten Kammer wurde abgelehnt, die Ver-mehrung der zweiten Kammer um fünf Vertreter des Handels und Fabrikstandes dagegen angenommen.

Paris, 19. Juni. Bei der gestrigen Diskussion des Pressegesetzes im gesetzgebenden Körper bekämpfte Minister Billault den Deputirten Jules Favre, welcher die Wiederherstellung der vollständigen Pressefreiheit verlangt. Während seiner Rede sagt Billault, daß der König von Savardin heute König von Italien sei, fügt aber hinzu, daß Letzterer aus dieser Benen-nung keinerlei Konsequenz ableiten möge.

Schließlich sagt der Minister, wenn die Depu-tirten sich neuerdings ihren Wählern vorstellen werden, so werden sie das Land, den Kaiser und sich vereint finden in dem Widerstande gegen die Pläne der Lin-ken und Rechten, welche die Konsolidierung des Wer-kes hindern wollen, welches der napoleonischen Dynastie anvertraut ist. Das Pressegesetz wurde mit 233 Stim-men angenommen; die Opposition enthielt sich der Abstimmung.

St. Petersburg (ohne Datum). Die „Nord. Viene“ berichtet: In Podosien haben bis Ende Mai in 141 Dorfschaften mit 71.000 Einwohnern Bauern-Revolten stattgefunden. Die Ursache der Unruhen waren Mißverständnisse der Verordnungen. — Die Ruhe ist wieder hergestellt.

tigen Angelegenheit das Nöthige einleiten und allenfalls auf die Unterbringung der Realschule in einem Landesgebäude hinwirken.

Vorstandstellvertreter Dr. Zhuber hält den Gemeinderath nach dem vorgetragenen ausgezeichneten Referate für gar nicht kompetent, in der Sache definitiv zu beschließen, es wäre denn, daß sich die Kommune als Gründerin aufwerfen und als solche die Initiative ergreifen wollte, in welchem Falle sie jedoch auch sämtliche Kosten selbst zu übernehmen hätte. Allein, nicht die ganze Gemeinde, sondern nur einzelne Inassen seien bei dieser Schule interessiert. Wie gezeigt, sind nur $\frac{1}{2}$ Schüler aus Laibach. Die Kosten aber sind nicht gering; schon jetzt seien sie auf 3000 fl. veranschlagt. Bei der Unterrealschule hat die Gemeinde anfänglich auch nur eine unbedeutende Beitragsleistung übernommen, allein die Summe wuchs von Jahr zu Jahr. Jetzt zahlt die Stadtkasse hierfür schon eine Pauschalsumme von mehr als 1000 fl. jährlich. Am Ende hat es sich herausgestellt, daß die angeschafften Lehrmittel mangelhaft und unzureichend seien. Die Gemeinde sei hierbei lediglich auf die Disposition des Realschuldirektors angewiesen. Der Redner warnt den Gemeinderath ernstlich, vor einem übereilten Beschlusse. Später könne man sodann Schanden halber nicht mehr zurückbleiben. So führe er per parentheses nur ein Beispiel noch an. Vor einigen Jahren sei der Gemeinderath zum Ankauf eines gußeisernen Standbildes für 800 fl. bestimmt worden, um es auf einem öffentlichen Plage aufzustellen. Man hatte damals keinen Zweifel, daß die weiteren Kosten für die Errichtung des Denkmals durch Subskriptionen gedeckt werden würden. Allein unerwartet gestalteten sich die Umstände so, daß schließlich das Monument der Gemeinde auf 10.000 fl. zu stehen kam. Nachdem der Gemeinderath A gesagt, mußte er auch B sagen. Ein Gleiches befürchtet der Redner im vorliegenden Falle. Wenn die Kommune als Gründerin der Oberrealschule auftritt, werde ihr die Landesvertretung vielleicht aus Gnade einen Beitrag bewilligen, vielleicht auch nicht. Während doch die Steuerlast ohnehin schon so groß ist, wird die Ausdehnung einer bedeutenden Umlage unvermeidlich und namentlich deswegen empfindlich sein, weil sie im Interesse Weniger nicht gerechtfertigt ist. Die Kommune soll sich daher um so weniger engagieren, als es nach dem Referate überhaupt fraglich ist, ob die Oberrealschule dringlich sei. Die Unterrealschule erscheine zur gewerblichen Ausbildung nöthig, die Oberrealschule als allgemeine Vorbildungsanstalt für die Polytechnik gewähre keine vollendete Fachbildung. Wie das Gymnasium nur zum Besuche der Universität befähige, so werden die Oberrealschüler nur zur Erlernung der höheren praktischen Wissenschaft herangereift, aber keineswegs schon zu brauchbaren Ingenieuren, Chemikern, Maschinenbauern ausgebildet. Wenn sie nicht die Mittel zum Fortstudiren haben, so können sie nach ihrem Austritte höchstens Dienern oder Manipulationsbeamten werden, und die sechs Jahre sind verloren zu nennen. Wie wenige Eltern können ihre Söhne in die Technik schicken; die Oberrealschule wird daher als unpraktisch nur sehr gering und immer geringer besucht werden, wie dieß bei der ehemaligen chirurgischen Lehranstalt in Laibach der Fall war, die auch wegen Mangel an Theilnahme sich auflöste. Die Vermöglichen schicken ihre Söhne lieber bei Zeiten in die Fremde, damit sie sich dort den Provinzialismus, die kleinstädtische Selbstüberschätzung abschleifen, in dem Strome der Welt ihren Charakter bilden. (Beifall.) So lange die Landesvertretung über den Kostenpunkt sich nicht ausgesprochen habe, sei kein vorläufiger Beschluß zu fassen, sondern nur mit dem Wunsche an den Landtagsausschuß sich zu verwenden, daß er die Angelegenheit in die Hand nehme. Lobenswerth für den Gemeinderath sei die Anregung, doch die Inangriffnahme und Durchführung stehe ihm nicht zu. Demnach unterstütze Redner den Antrag des Herrn Poklukar.

G. R. Heimann stimmt in dem Einen Punkte dem Herrn Vortrager bei, daß es gut sei, nicht zu Hause, sondern in der Fremde die Ausbildung zu suchen; allein nicht Viele sind in der Lage, ihre Kinder auswärts erziehen zu lassen, und doch soll nicht bloß den Reichen, sondern auch den Unbemittelten die Möglichkeit zur Schulbildung geboten werden. Diese hat manchen Sprößling niederen Standes zu hohen Würden und in eine, für das allgemeine Wohl ersprießliche Stellung gebracht. Die von der Regierung geforderte Nachweisung des Bedürfnisses einer Oberrealschule werde leicht zu liefern sein. Unser Heimatland liegt in Industrie und Gewerben tief darnieder, und selbst die Unterrealschule ist ohne Anschluß an eine Oberrealschule von keinem wesentlichen Nutzen. So wie die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder empfindliche Opfer bringen, um ihnen ein Kapital zu hinterlassen, das nicht gestohlen werden kann, so möge die Gemeinde für die Bildung ihrer Angehörigen keine Opfer scheuen, und wenn sie selbst Schulden machen müßte. Uebrigens ist an dem Patriotismus des Landtages nicht zu verzweifeln, er werde die Gemeinde

nicht im Stich lassen. Darum beantrage Redner den Beschluß auf sogleiche Aktivierung der Oberrealschule.

Der B. M. bemerkt, in Schulden werde sich die Gemeinde deshalb nicht zu stürzen brauchen, da das Comité die Bedeckung der Kosten durch den Lokalschulfond vorschlägt, welcher später durch die einfließenden Aufnahmestaken und Schulgelder leicht wird regeneriert werden können.

G. R. Dr. v. Wurzbach beantragt, mit Rücksicht auf die mittlerweile erslossene h. Ministerialentscheidung sei der Gegenstand nochmals der Sektion zur Vorbereitung zuzuweisen.

G. R. Dr. Schöppl bringt hingegen folgenden Antrag ein: Der G. R. beschließe, er erkenne es als ein Bedürfnis für die Stadt und für das Land, daß eine Oberrealschule in Laibach errichtet werde, und er finde es auch sehr wünschenswerth, daß der 1. Jahrgang schon mit dem nächsten Schuljahre ins Leben trete. Dieser Beschluß wäre aus dem Grunde, weil die Oberrealschule eine Landesanstalt werden soll, dem Landesausschuß mit dem Ersuchen mitzutheilen, den Gegenstand in seine Hände zu nehmen und dahin zu wirken, daß die Oberrealschule ehestens errichtet werde, wobei die Stadtgemeinde erklärt, daß sie $\frac{1}{2}$ der Kosten für den Miethzins, die Lehrmittel und das Dienpersonal zu übernehmen bereit sei.

G. R. Mühleisen ist von der Nothwendigkeit einer Oberrealschule in Laibach überzeugt, welche insbesondere den Söhnen der Gutsbesitzer vortrefflich zu Statuten kommen würde.

G. R. Poklukar hat als Antragsteller das Schlusswort und bemerkt, eine Vertagung sei nicht rathlich, da Herr Wahr, welcher über seine Lokalitäten weiter verfügen will, auf ehestige Entscheidung dringt.

Der B. M. reasumirt die bisherigen Reden und Anträge mit dem Beifügen, daß sich die Gemeinde durch den Beschluß auf Miete der angebotenen Lokalitäten keiner solchen Gefahr Preis stelle, da diese auch im schlimmsten Falle in Mithypothek gegeben werden könnten. Inzwischen wäre eine weitere Verhandlung möglich.

Der landesfürstliche Kommissär lenkt die Aufmerksamkeit nochmals auf die obbezogene Ministerialentscheidung, wornach die Regierung alle Beisteuer ablehnt, bis nicht die Vorfragen in der angeordneten Weise gelöst sind.

Hierauf werden die Anträge in der üblichen Reihenfolge zur Abstimmung gebracht.

1. Der vertagende Antrag des Dr. v. Wurzbach bleibt in der Minorität.

2. Der von Dr. Zhuber unterstützte Antrag des G. R. Poklukar wird gleichfalls nicht beliebt.

3. Der Antrag des Dr. Schöppl wird mit 11 Stimmen gegen 10 abgelehnt.

4. Wird über die Comitéanträge einzeln abgestimmt, wobei der 1. Antrag auf Miete der Wahr'schen Lokalitäten fällt und der zweite sich sonach von selbst behebt. Der 3. Comitéantrag wird einmütig angenommen, und zwar mit dem Amendement des Herrn Dr. Schöppl, daß das Comité vorläufig an den Landesausschuß ein Gesuch zu entwerfen, und in der nächsten Sitzung vorzutragen hätte, worin um die sogleiche Aktivierung der Oberrealschule als Landesanstalt gebeten, und zugleich die Zusicherung für ein Drittel der Kosten von Seite der Gemeinde abgegeben werden soll. Die Abstimmung über den 4. Comitéantrag entfällt selbstverständlich.

4. Vorträge der IV. Sektion des Gemeinderathes.

a) G. R. Stedry, als Referent, stellt über den Vizitationsakt zur Herstellung der Kanäle in der Glorians- und Kreimgasse, so wie am alten Markt den Antrag auf Genehmigung der Vizitationsverhandlung gegen dem, daß in das bezügliche Vizitationsprotokoll die Nachtragsbedingung aufgenommen werde, daß der betreffende Erster jeder Mehr- oder Minderleistung gegen Abrechnung nach den bezüglichen Einheitspreisen im Verhältnisse des Vizitations-Nachlasses sich gefallen lassen müsse, und daß vor dem Baubeginn dieser Kanäle über den Bau derselben der gehörig instruirte Plan, dann auf Grundlage desselben der neuerliche Kostenüberschlag verfaßt, und sofort dieser Bauakt bezüglich der Zweckmäßigkeit des Antrages und der Richtigkeit der Kostenberechnung der Prüfung der Bauktion unterzogen werde.

Nach kurzer informativer Debatte wird beschloffen nach Antrag.

b) G. R. Stedry referirt über die projektirte Einführung der Gasbeleuchtung in die Kommunalgebäude; und beantragt anstatt der vom Bauinspektor vorgeschlagenen 41, die Einführung von nur 13 Flammen, und zwar sollen 8 an den Stiegen und Gängen der beiden Magistratsgebäude, 5 an einem Luster im Rathssaale angebracht werden; 4 Stiegenflammen, und die 24 Wandlichter im Saale würden entfallen.

Die G. R. Dr. Zhuber und Mühleisen meinen, in den Rathssaal wäre wegen der großen Hitze, die das Gas verursacht, aus Sanitätsbedenken gar keines einzuleiten.

G. R. Krisper und Blasnik sind für den Antrag des Referenten, welcher bei der Abstimmung angenommen wird.

c) G. R. Malitsch beantragt die Adjustrung einer Rechnung für beigelegte Kanaleinrichtungsstücke. Beschluß nach Antrag.

d) Das Referat in Betreff der Aufhebung der Fleischsazung wird wegen der bereits vorgerückten Stunde vertagt.

e) G. R. Malitsch beantragt die Verpachtung eines Gemeinde-Terrains am Tirnauer-Damme an den Ziegelfabrikanten Zellouscheg aus Oberlaibach behufs Errichtung eines Ziegeldepots. Zum Vertragsabschlusse werde der Magistrat unter den im Referate bezeichneten Bedingungen ermächtigt.

G. R. Dr. Orel begrüßt den Antrag als einen für die Hausbesitzer sehr willkommenen und unterstützt ihn kräftig als einen im Gem. Interesse gelegenen, so wie er auch im Allgemeinen wünscht, daß die Gemeinde-Terrains so gut als möglich verwerthet werden sollen.

Die G. R. Lertnik und Schwentner sprechen sich entschieden gegen den Antrag aus, weil der Tirnauer-Damm als nothwendiger Ausladungspfad insbesondere zur Zeit der Heuernte frei bleiben müsse. Dieser Ansicht pflichtet auch Dr. Zhuber bei.

Beschluß mit 11 Stimmen gegen 20 nach Antrag des Referenten.

5. Der B. M. hält einen Vortrag in Betreff der Straßenbepflasterung, und dann wegen zweckmäßiger Anlegung von Trottoirs in der Stadt und in den Vorstädten.

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 11. Dezember 1860 sei die Neupflasterung mehrerer Gassen mit abgeklopften Kugelschnecken beschlossen, und nun die eine Hälfte der Wienerstraße in dieser Art bereits angelegt worden. Jetzt ergibt es sich aber, daß die herauskommenden Holzstöcke noch nicht abgebraucht, sondern meist noch als gut verwendbar erscheinen. Nach dem Grundsatz der gewöhnlichen Hausökonomie wären sie also wieder zu benützen und nicht, wie es bisher zum Theile geschah, zu veräußern. Rechtswirksam, oder wenigstens an den zwei aneinander zu fügenden Längenseiten behauen und umgewendet werden sie jetzt, nachdem sie vom Splinte befreit und erhärtet sind, selbst brauchbarer und besser als frische Holzstücke sein. So weit der Vorrath reicht, wäre also mit diesem Materiale die Klosterfrauengasse oder andere Partien zu pflastern. Das beantragte Pflaster werde sich in der neuen Form praktischer, als jenes mit runden Holzstücken bewähren und sicher noch durch 3 Jahre ausdauern, wodurch der Stadtkasse eine namhafte Ersparung zugeht. Der B. M. untersucht um die Genehmigung dieses Vorschlages unter theilweiser Aufhebung des früheren Beschlusses. Die Arbeit wäre im Vizitationswege hintanzugeben und die Vizitation nach einem, mit Intervention der Bauktion zu entwerfenden Kostenüberschlage gegen seinerzeitige Verzichtserstattung im G. R. sogleich zu bewerkstelligen.

In ausführlicher Weise entwickelt hierauf der Vortrager seine vielfachen Bedenken gegen die bisher eingeleitete Trottoirlegungs-Methode, insbesondere in der Beziehung, daß dem Magistrat die Durchführung der Fußwege nach seinem Gutdünken mit der Ermächtigung überlassen worden ist, die entfallenden Kosten den betreffenden Hauseigenthümern anzurepartiren. Es sei die Zubereitung von Trottoir-Steinen circa pr. 8 fl. für die Quadr. Rst., bei einem Steinmaße in der Umgebung Laibachs veranlaßt worden, während hierzu die aus dem jetzigen Pflaster herauskommenden Leisten, dann die Platten am Deutschen, am Schul- und Marktplatz mit geringen Kosten vorthellhaft verwendet werden könnten. Der B. M. beantragt, die Bauktion soll, wenn man es wünsche, mit seiner Intervention mit der sogleichen Durchführung dieser Arbeit in der Wienerstraße, Klosterfrauen- und Elefantengasse, dann am alten Markt betraut werden. Die praktischen Mitglieder dieser Sektion werden sicher das Geeignete verfügen, die allenfalls billiger Weise anzusprechenden Kostenbeiträge von den Hausbesitzern ermitteln und hierüber seiner Zeit berichten. Rücksichtlich der Trottoire an den übrigen Plätzen und Strecken hätte diese Sektion ihre Anträge in kürzester Frist einzubringen.

Nachdem mehrere G. R. noch die Ansicht ausgesprochen, daß sich das Holzstöckelpflaster, namentlich für Fußwege gut eigne, und wo möglich lieber hier, als an Fahrstraßen einzubetten wäre, und nachdem Hr. Krisper den Wunsch geäußert hat, es möge auch auf die Errichtung von passenden Straßenübergängen für Fußgänger Bedacht genommen werden, erfolgt die Abstimmung über die Anträge des B. M. und werden dieselben in allen Punkten zum Beschlusse erhoben.

6 u. 7. Die sonstigen, noch an der Tages-Ordnung stehenden Referate werden wegen der schon späten Abendstunde vertagt.

(Schluß der Sitzung nach halb 9 Uhr.)

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr) (Dr. Stg. Abdt.) Die Haltung fest, die Kurse jedoch wenig verändert. Für Staatspapiere hält die auswärtige Nachfrage an, auch in österr. Währung, Lloyd- und Karl Ludwig-Bahn-Aktien besser bezahlt; in Grundentlastungs-Obligationen der Verkehr sehr gering. Fremde Valuten nicht gefragt, stellen sich genau wie gestern. Geld im Leihgeschäft knapper.

Öffentliche Schuld.				Geld Markt		Geld Markt		Geld Markt	
A. des Staates (für 100 fl.)									
In österr. Währung . zu 5%	61.25	61.35		Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.	149.50	150.—	Clary zu 40 fl. CM.	35.50	36.—
5% Anleihe von 1861 mit Ratz.	85.40	85.50		E. M. m. 140 fl. (70%) Einz.	434.—	435.—	St. Genois " 40 " "	37.50	38.—
National-Anleihen mit				Deft. Don.-Dampfsch.-Gef.	229.—	233.—	Windischgrätz " 20 " "	22.25	22.50
Jänner-Coup. " 5 " "	81.60	81.70		Deft. Lloyd in Triest	380.—	385.—	Waldstein " 20 " "	25.75	26.25
National-Anleihen mit				Wien. Dampfm.-Akt.-Gef.	398.—	400.—	Regewich " 10 " "	14.75	15.25
April-Coup. " 5 " "	80.70	80.80		Böhm. Kettenbrücken	167.50	168.—	Wechsel.		
Metalliques " 5 " "	68.75	68.85		Böhm. Westbahn zu 200 fl.			3 Monate		
dito mit Mai-Coup. " 5 " "	69.70	69.80		Pfandbriefe (für 100 fl.)					
dito " 4 1/2 " "	59.25	59.50		National- 6 Jähr. v. 3. 1857 3. 5%	102.—	102.50	Augsburg, für 100 fl. f. d. W.	116.—	116.25
mit Verlosung v. J. 1859	115.—	115.50		bau auf 10 " " "	97.50	98.—	Krankfurt a. M., dito	116.25	116.50
" " 1854 " 5 " "	91.75	92.—		E. M. Verlosbare . . . " 5 " "	90.75	91.—	Hamburg, für 100 Mark Banco	102.50	102.75
" " 1860 zu	84.90	85.—		Nationalb. (verlosbare " 5 " "	86.50	86.75	London, für 100 Pf. Sterling	137.50	138.—
" " zu 100 fl.	89.—	89.25		Loose (per Stück)					
Cemo-Rentensch. zu 42 L. austr.	16.50	17.—		Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	117.25	117.50	R. Münz-Dufaten 6 fl. 57 Mfr.	6 fl. 58 Mfr.	
B. der Kronländer (für 100 fl.)				zu 100 fl. d. W.	101.50	101.75	Kronen . . . 19 " "	19 " "	4 " "
Grundentlastungs-Obligationen.				Don.-Dampfsch.-G. 100 fl. CM.	34.50	37.—	Napoleonsd'or . 11 " 2 " "	11 " "	4 " "
Nieder-Österreich . . zu 5%	89.50	90.50		Stadtem. Dien zu 40 fl. d. W.	94.50	95.50	Russ. Imperiale . 11 " 30 " "	11 " "	32 " "
Ob. Öst. und Salz. . . " 5 " "	89.50	90.—		Güterb. " 40 " "	38.—	38.25	Vereinshaler . 2 " 6 " "	2 " "	6 1/2 " "
				Salin " 40 " "	37.25	37.75	Silber-Agio . 37 " 25 " "	37 " "	50 " "
				Balfy zu 40 fl. CM.					

Effekten- und Wechsel-Kurse			
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.			
Den 20. Juni 1861.			
Effekten.		Wechsel.	
5% Metalliques	68.90	Silber	137.25
5% Nat.-Anl.	80.60	London	137.50
Banquiers	774.—	R. L. Dufaten	6.57
Kreditaktien	177.80		

Lotterziehungen vom 19. Juni.
Wien: 49 68 37 84 71.
Graz: 45 37 58 8 20.

Fremden-Anzeige.
Den 19. Juni 1861.

Hr. Wehrhan, Bergdirektor, von Grasnigg. — Die Herren Schmidt, — Mika, — Marek, und — Urban, k. k. Mappingungs-Beamte, von Schwaz. — Hr. Nuzicka, Fabrikbesitzer, von Seelowitz. — Hr. Schmidt, Kaufmann, von Leipzig. — Hr. v. Hoffmann, von Prag. — Die Herren Beny, Kaufmann, und — Waller, Agent, von Wien.

3. 1095. (1) Nr. 1563.
E d i k t.
Mit Bezug auf das Edikt vom 21. März 1861, Nr. 695, wird bekannt gemacht, daß in der Exekutionssache des Georg Bogatai von Gorenavaß, gegen Kasper Schager von ebendort, p. 157 fl. 50 kr., am 13. Juni l. J. um 9 Uhr früh hieramit zur zweiten Realoffertation geschritten wird.
K. k. Bezirksamt Laß, als Gericht, am 13. Juni 1861.

3. 539. (6) Nr. 575.
E d i k t.
Von dem k. k. Bezirksamt Laß, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:
Es habe Lukas Dorn von Praprotnim Nr. 6, um die Todeserklärung des seit der ersten französischen Invasion von der Heimat abwesenden, im Jahre 1779 gebornen Johann Dorn gebeten.
Da dem Johann Dorn, Matthäus Schiffer von Praprotnim zum Vertreter aufgestellt worden ist, so wird ihm dieses hiemit mit dem Beisatze bekannt gemacht, daß das Gericht, im Falle er in Jahresfrist nicht erscheint oder dasselbe auf eine andere Art in Kenntnis seines Lebens setzt, zur Todeserklärung schreiten werde.
K. k. Bezirksamt Laß, als Gericht, am 11. März 1861.

3. 1092. (3)
Kundmachung.
Hiermit wird bekannt gegeben, daß, Behufs Organisation der evangel. Gemeinde in Laibach gemäß der provisor. Verordnung des k. k. Staatsministeriums vom 9. April 1861, das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zusammengestellt ist und vom 17. Juni 1861 an durch vierzehn Tage beim Kirchen-diener zur Einsicht der Betheiligten ausliegt.
Laut Erlass des k. k. Oberkirchenraths vom 27. April 1861, 3. 13, sind Einwendungen, welche gegen dieses Verzeichniß erhoben werden wollen, bei dem gegenwärtig noch am-tirenden Presbyterium anzubringen. Ueber die etwa gegen dessen Entscheidung erhobenen Beschwerden, welche spätestens binnen acht Tagen dem evangel. Pfarramte zur Beförderung an den Oberkirchenrath zu übergeben sind, entscheidet der Letztere mit Ausschluß jeglicher Berufung.
Laibach am 15. Juni 1861.

Vom evangel. Pfarramte.

3. 1091. (3)
Sämmtliche Herren Aerzte und Wundärzte Laibach's
werden zu einer Besprechung bezüglich der Gründung eines ärztlichen Lesevereins **wiederholt** eingeladen,
Samstag den 22. d. M.
um 3 Uhr Nachmittags im hiesigen Zivilspital zu erscheinen.
Mehrere Aerzte und Wundärzte.

3. 1114. (3)
Verlorener Hund!
Ein Dackelhund, an den beiden Vorderfüßen weiß gezeichnet, lichtgrauer Farbe, mit verschieden gefärbtem Augenfleck, der auf den Namen Pagat hört, ist in Verlust gerathen.
Das Comptoir der Laibacher Zeitung zahlt dem Ueberbringer 5 fl. öst. W. Prämie.

3. 1113. (3)
Heu-Verkauf.
Im Gasthose „zur Stadt Wien“ sind beiläufig 200 Bentner sehr schönes, vorjähriges Heu von den besten Wiesen zu verkaufen.
Das Nähere beim Eigenthümer.

3. 993. (6)
Hausverkauf.
In der nächsten Nähe des in Angriff genommenen Eisenbahn-Hofes wird ein aus solidem Materiale erbautes stockhohes Haus sammt Garten und einer Wiese aus freier Hand zum Verkauf ausgebaut.
Nähere Auskunft darüber ertheilt bei gefälliger Anfrage der Eigenthümer selbst in Militär Ciffel.

A. Janusich.

3. 101. (12)
Orientalisches Enthaarungsmittel
à lacon fl. 2.10,
entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil selbst von den zartesten Hautstellen Haare, die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem schönen Geschlechte bisweilen vorkommenden Bartspuren, zusammen gewachsenen Augenbrauen, tiefes Scheitelhaar werden dadurch binnen 15 Minuten beseitigt.

Lilione
ist von dem königl. preuß. Ministerium für Medicinal-Angelegenheiten geprüft und besitzt die Eigenschaft, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Haut-Unreinigkeiten, als: Sommersprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Finnen, trockene und feuchte Flecken, so wie Rötze auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen 14 Tagen erfolgt, garantirt und zahlen wir bei Nicht-erfolg den Betrag retour.
Preis pro ganze Flasche fl. 2.60.
Fabrik von Rothe & Comp., Kommandantenstr. 31.
Die Niederlage für Laibach befindet sich bei Hr. Albert Trinker, Hauptplatz Nr. 239.

3. 171. (8)
Der hochverehrten Damenwelt
empfehlen wir das anerkannt beste Mittel für die Gesund- und Schönheitspflege der Haare, die k. k. priv. **Meditrina-Haarwuchs-Kraftpomade**
von M. Mally in Wien, deren Vortrefflichkeit neuerdings durch nachstehendes authentische Zeugniß bestätigt wird, welches aus der italienischen Sprache wörtlich übersetzt, lautet:

Zeugniß.
Womit der Gefertigte nach Wissen und Gewissen bezeugt, daß seiner Tochter, welche seit langer Zeit kahlköpfig war und erfolglos ärztlich behandelt wurde, nachdem selbe nur kurze Zeit von der **Meditrina-Pomade** und dem dazu gehörigen **Wasser** Gebrauch machte, mit der größten Leichtigkeit ein dichtes und festes Haupthaar wuchs.
Das oben Angeführte, als reine und unverfälschte Wahrheit bezeugend, habe die Ehre zu zeichnen
Peter Bertolini m. p.
Vermiglio, Provinz Südtirol, am 13. Oktober 1860.
Von der Gemeinde Vermiglio den 14. Oktober 1860.
Der Gemeindevorsteher:
Paulizza m. p.
Der Unterzeichnete bestätigt sowohl die wirkliche Unterschrift des Vaters der hergestellten Tochter, als auch die Wahrheit seines Zeugnisses.
Vermiglio, 22. Oktober 1860.
Siegel der Kuratie Vermiglio.
In Wahrheit dessen
P. Tonioli Barthol. m. p.,
Kurator.

Diese unter der Garantie von 1000 glücklichen Erfolgen in ihrer Wirkung noch unerreicht dastehende Haarpomade sollte auf den Toilette-tischen keiner Dame fehlen. Dieselbe ist in eleganten Porzellandosen zu 1 fl. 80 kr. öst. W. in nachstehenden Depots echt und frisch vorrätig.
Zentral-Depot des M. Mally in Wien, Wieden, Nr. 321.
Laibach einzig und allein in der Waren-handlung des Hrn. **Johann Krashowitz;** Karstadt bei Peter M. A. Lucsic; Zillj bei Karl Krisper; Görz bei Karl Sochar und bei Pontini, Apoth.; Triest bei Karl Zanetti, Apoth.; und in noch 200 Städten des In- und Auslandes.

3. 150. (6)
Große Auswahl
von **3000 Stück**
Stereoskop-Bildern und dazu dienendem Apparate in verschiedenen Formen;
ausgezeichnete elegante **Operngucker, Porzellan, Mikroskope, Kaleidoskope, Fernrohre, Marine-Perspektive, Compasse, Wasserwaagen, Barometer, Thermometer, Areometer, Alkoholmeter, Wein-, Bier-, Brauntwein- und Essig-Waagen, aller Gattungen guter Brillen, Nasenklammer** und vielen in das optische Fach einschlagenden Gegenständen, so wie eine große Auswahl **Uhren**, empfiehlt Unterzeichneter zu billigen Preisen.
Auch werden Bilder gegen Postvergütung zur gefälligen Auswahl eingesendet.
Nik. Rudholzer,
Optiker und Uhrmacher neben dem Theater Nr. 25.